



HASS, BEDROHUNGEN & GEWALT GEGEN KOMMUNALPOLITIKER*INNEN



Fotos v. l.: © weiphoto - Fotolia.com | Nomad_Sout - Fotolia.com

WIE IST DIE BUNDESWEITE LAGE?

- Wir beobachten eine besorgniserregende Entwicklung: Hass, Bedrohungen und Anfeindungen gegenüber Kommunalpolitiker*innen haben in den vergangenen Jahren immer weiter zu genommen. Aktuelle Umfragen ergeben, dass rund 2/3 der Bürgermeister*innen in ganz Deutschland bereits Erfahrungen mit Beschimpfungen, Bedrohungen oder tätlichen Übergriffen – und das sogar mehrfach – gemacht haben.
- Die Situation spitzt sich auch aufgrund der Corona Pandemie weiter zu. Dies bestätigen 37 Prozent der befragten Bürgermeister*innen laut der jüngsten Umfrage von KOMMUNAL.
- Von Anfeindungen sind nicht nur hauptamtliche Bürgermeister*innen betroffen, sondern auch eine Vielzahl an Ehrenamtlichen. Ähnliche Erfahrungen machen auch Mitarbeiter*innen ihrer Verwaltung, Mitglieder der Stadt- bzw. Gemeindevertretung, kommunale Feuerwehr- und Rettungskräfte sowie andere kommunal Engagierte. Dabei ist Hass und Hetze im Netz und vor allem in den sozialen Medien ein besonderes Problem. Weibliche Kommunalpolitiker*innen sind im besonderen Maße betroffen. 25 Prozent der Betroffenen berichteten laut einer Umfrage von forsa/Körper-Stiftung auch von Anfeindungen und Bedrohungen gegenüber nahestehenden Personen, Familien und Freunden.
- Wir reden also längst nicht mehr über Einzelfälle, sondern über ein bundesweites Problem in allen Parteien, Regionen und allen Stadt- und Gemeindegrößen. Dies bestätigt auch die polizeilichen Kriminalstatistiken, die einen enormen Anstieg der Straftaten vor allem im Corona Jahr bestätigen. 2020 gab es über 2.200 Angriffe auf Amts- und Mandatsträger*innen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Die Zahlen haben sich in der vergangenen drei Jahren verdoppelt. Darüber hinaus ist von einem hohen Dunkelfeld auszugehen, das in der Statistik nicht abgebildet werden kann. Der Hass kommt dabei von rechts-, aber auch von linksorientierten Extremisten, Reichsbürgern und Verschwörungstheoretikern, aber auch mitten aus unserer Gesellschaft.



- Dabei wird nach wie vor oft nur auf Politiker*innen auf Landes- und Bundesebene geschaut. Die kommunale Ebene rückt erst viel später in den Blick der Öffentlichkeit. Die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke hat hier sicherlich einen Wendepunkt dargestellt und eine stärkere öffentliche Debatte ausgelöst.
- Die Folgen dieser Entwicklungen sind fatal: während einige Kommunalpolitiker*innen den Anfeindungen Stand halten und erst recht weiter machen, trauen sich andere nicht mehr ihre Meinung zu sagen, einige ziehen sich zurück, trauen sich nicht mehr, ihre Meinung frei zu äußern, treten zurück aus ihren Ämtern, andere treten gar nicht mehr an. Dies bestätigt auch eine aktuelle Umfrage von forsA/Körper-Stiftung: Ein Fünftel der Bürgermeister*innen (19 Prozent) hat aus Sorge um die eigene Sicherheit oder die der Familie schon über einen Rückzug aus der Politik nachgedacht, ein Drittel (30 Prozent) äußert sich zu bestimmten politischen Themen seltener als früher. Die ohnehin anspruchsvollen Ämter werden zunehmend unattraktiver. Viele fühlen sich mit dem Problem allein gelassen.
- Obendrein sei daran erinnert: Die Kommunalpolitiker*innen bilden die größte Gruppe der Mandatsträger im Land. Gut 21.950 Mandate werden in Kreistagen bzw. Stadträten kreisfreier Städte und 169.450 Mandate in Gemeinderäten bekleidet, im Gegensatz zu insgesamt knapp 2.700 Mandaten deutscher Politiker*innen auf Landes-, Bundes- und Europaebene.
- Die Situation ist paradox: Auf der einen Seite ist das Vertrauen der Bürger*innen in ihre Kommunalvertreter*innen gerade in Zeiten der Pandemie besonders hoch, auch das müssen wir sehen und anerkennen. Die Schere zwischen denen, die Hass verbreiten und jenen, die sich hinter ihre Kommunalpolitiker*innen stellen, geht also weit auseinander.

WORAN LIEGT'S?

VERSCHÄRFUNG + VERROHUNG DER AUSEINANDERSETZUNGEN IN ART & TON

Die Art und Weise der Kommunikation, der Ton der politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung sowie der Umgang miteinander in Deutschland sind – gerade im Superwahljahr 2021 inmitten der Corona-Pandemie – deutlich rauer geworden. Wut, Ängste und Verunsicherungen werden immer größer. Zu beobachten ist eine sichtbare Verrohung der Sprache im realen Leben, als auch im Netz. Die Grenze des Sagbaren hat sich verschoben und eine hasserfüllte und diskriminierende Sprache ist fast schon salonfähig geworden. Einige Medienvertreter, teilweise aber auch Poli-

tiker, betreiben eine Empör-, Protest- und Betroffenenpolitik, ohne den komplexen Zusammenhängen von gesellschaftsrelevanten politischen Entscheidungen auf den Grund zu gehen. Die Simplifizierung von Aussagen, die Begrenzung auf eine alternativlose Lösung oder aber das Anbieten von einfachen Lösungen oder die Kritik um das kritisieren Willens schüren Wut und Ängste und führen zu einer gefühlten Hilflosigkeit, die in Hass umschlagen kann.

WUTVERSCHÄRFUNG DURCH DIE MEDIEN

Teilweise werden die Wutgefühle und Ängste durch Medienereignisse, im Netz, sozialen Me-



Angriffe und Bedrohungen gegen Kommunalpolitiker*innen treffen ins Mark unserer Demokratie. Wir müssen alles daransetzen, ihnen den Rücken für ihr tägliches Engagement zu stärken und sie vor Angriffen und Bedrohungen im täglichen Leben und im Netz besser zu schützen. « Ralph Spiegler, Präsident Deutscher Städte- und Gemeindebund

dien, aber auch in Talkshows, in denen die Gäste „sich empören, rausgehen, wieder reinkommen“, beschleunigt und geschürt. Am nächsten Tag wird dann in den Medien nicht über die Inhalte, sondern über das „Ereignis“ geschrieben. Diese Reaktion bewirkt, dass in einer hitzigen Diskussion im Vergleich unkonventionelles und radikales Verhalten mehr Aufmerksamkeit generiert als belastbare Argumente. Hinzukommen die besonderen Herausforderungen im Umgang mit Falschnachrichten und Verschwörungsideologien in den Medien, vor allem im digitalen Raum. Diese verbreiten sich in Windeseile und verbleiben oft für eine lange Zeit im Netz, ohne das sachlich klarstellende und richtigstellende Fakten, Tatsachen und Gegenreden, alle erreichen und dagegenhalten können.

DAS NETZ + DIE SOZIALEN NETZWERKE ALS ECHORAUM

Während früher die Wut an der Tür des Stammisches endete, besteht heute über soziale Netzwerke die Möglichkeit, sich sekundenschnell Verbündete für groteske Meinungen, Hass, Verschwörungstheorien menschenverachtende Aufrufe zur Beleidigung, Bedrohung oder Selbstjustiz zu finden und in Windeseile weiter zu verbreiten. Nicht der Austausch über Inhalte, sondern Provokation und immer öfter auch das Brandmarken einzelner Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens als Projektionsfläche für die eigene Unzufriedenheit stehen im Vordergrund. Viele Täter fürchten im Netz keine unmittelbaren Konsequenzen und verstecken sich hinter einem anonymen Profil. Gleichzeitig wird Hass und Hetze schon zur „Normalität“, dass vielen Nutzer*innen überhaupt nicht bewusst ist, dass ihre Äußerungen strafbar sind. Die Folgen für die Betroffenen sind oft schwerwiegend. Die Möglichkeiten, dagegen vorzugehen, rufschädigende, rechtswidrige und schlichtweg falsche Informationen, richtig zu stellen und zu

intervenieren, sehr begrenzt. Laut einer Umfrage von forsa/Körper-Stiftung verzichtet mehr als ein Drittel betroffener Kommunalpolitiker*innen (37 Prozent) vor dem Hintergrund weitgehend auf die Nutzung sozialer Medien. Dies gefährdet nicht nur das Vertrauen in Meinungsfreiheit, Meinungsvielfalt, sondern unmittelbar die Demokratie.

ERWARTUNGSHALTUNG GEGENÜBER „DEM STAAT“ STEIGT

Ein Großteil der Bürger*innen sieht den Staat als reinen Dienstleister. Jener habe „gefälligst dafür zu sorgen, dass es mir persönlich gut geht und möglichst noch besser“. Und wenn das nicht schnell genug ist, dann hat die Politik versagt. Die Erwartungshaltung, auch gegenüber kommunalen Amts- und Mandatsträger*innen, ist gewaltig. Sie werden schnell zur Zielscheibe aufgrund des allgemeinen Unmuts gegenüber „den Politikern“ oder „der Politik“ da oben, auch wenn die Entscheidungen gar nicht von ihnen selbst, sondern wie aktuell in der Corona-Pandemie von Bund und Ländern getroffen werden.

SCHWINDENDE ANERKENNUNGSKULTUR FÜR POLITISCHE ÄMTER

Durch das regelmäßige „Politiker-Bashing“, ob auf kommunaler, Landes- oder Bundesebene, ist das Ansehen von Politik dramatisch gesunken. Es wird in der allgemeinen Wahrnehmung nicht zwischen Politiker*innen auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene differenziert. Auch die Tatsache, dass die meisten kommunalen Mandatsträger*innen ehrenamtlich arbeiten, findet dabei keine Beachtung. Dabei sind es gerade die Lokalpolitiker*innen, die sich als bürgernächste Ebene und von den Bürgern*innen Gewählte für ihre Belange tagtäglich einsetzen, immer erreichbar und ansprechbar sind und die Demokratie vor Ort mit ihrer Person



lebendig machen. Dies wird gerade in Krisenzeiten wie der Corona-Pandemie von einem Großteil der Bevölkerung auch gesehen. Eine Umfrage von forsa aus dem Jahr 2021 belegt, dass das Vertrauen der Bürger*innen in die Kommunalpolitik und deren Vertreter*innen gewachsen ist. Dies gilt auch im Hinblick auf das Vertrauen der Menschen in die Demokratie, was 62 Prozent der Befragten laut einer Untersuchung der Organisation „More in Common“ aus dem Jahr 2020 bestätigt. Die Kluft zwi-

schen denjenigen, die mit dem Staat und seinen Institutionen zufrieden sind und derjenigen, die sich allein gelassen fühlen und deren Politik- und Staatsverdrossen weiter steigt, ist jedoch groß. Gegenstrategien gibt es jedoch bisher nur wenige. Hier ist nicht nur der Staat, sondern es sind vor allem auch die Parteien gefragt, sich hinter ihre Mitglieder auf kommunaler Ebene zu stellen, sich öffentlich zu positionieren und direkte Unterstützung anzubieten.

WAS TUN, UM DIESE SITUATION ZU VERBESSERN?

Wir müssen an das Thema von zwei Seiten herangehen: Einerseits präventiv, um Hass und Anfeindungen vorzubeugen und andererseits repressiv, um diesen Entwicklungen konsequent entgegenzutreten.

ÖFFENTLICHKEITSKAMPAGNE + ANERKENNUNGS- & WERTSCHÄTZUNGSKULTUR

Wir müssen dem Thema eine größere Aufmerksamkeit schenken und stärker sensibilisieren: Es ist an der Zeit, Vorfälle dieser Art nicht mehr zu tolerieren oder als Einzelfälle zu bezeichnen und Kommunalpolitiker*innen damit sich selbst zu überlassen.

Zur Anerkennung der Kommunalpolitiker*innen brauchen wir mehr Aufklärung, mehr politische Bildung in den Schulen, der Jugendarbeit bis zu Demokratiewerkstätten vor Ort und mehr offenen Austausch von Angesicht zu Angesicht.

Was im Netz gesagt wird, wird in der Regel in diesem Tonfall im persönlichen Gespräch nicht eins zu eins wiederholt. Zudem kann in persönlichen Gesprächen viel mehr getrennt werden zwischen dem, was wirklich als Problem angesehen wird,

und der Person, die für die Politik vor Ort steht. Die Probleme müssen ernst genommen und sachlich diskutiert werden, während zugleich persönliche Anfeindungen als Mittel der Kommunikation ausgeschlossen werden müssen. Die Politik und die Parteien sollten sich zum respektvollen Umgang untereinander verpflichten und das in ihre Mitgliedschaft hineintragen und Beratungsstrukturen für betroffene Politiker*innen auf kommunaler Ebene etablieren. Auch die Medien können einen maßgeblichen Beitrag leisten, indem berichtet und dargelegt wird, wie Kommunalpolitiker*innen arbeiten und was hinter ihrer Arbeit steckt. Die Zivilgesellschaft dafür zu gewinnen, im Rahmen einer Kampagne für die Lokalpolitiker*innen offen einzustehen und sich zugleich hinter die Betroffenen und gegen Hasskriminalität zu positionieren, wäre ein wichtiges Symbol der breiten Unterstützung für unser demokratisches System und unsere demokratischen Werte.

Der Bundespräsident persönlich hat sich der Thematik angenommen und stellt sich schützend vor die Kommunalvertreter*innen. Damit haben wir schon viel erreicht. Dennoch: Es bedarf einer noch breiteren gesellschaftlichen und öffentlichen Debatte über unsere demokratische Kultur, über die

Notwendigkeit und Akzeptanz vielfältiger demokratischer Meinungen und über strukturelle Ansätze zur Stärkung der Politiker*innen vor Ort.

BÜNDNIS GEGEN GEWALT & FÜR TOLERANZ

In Kooperation mit Kommunalpolitiker*innen, kommunalen Spitzenverbänden, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Polizei, Justiz, Parteivertreter*innen, sollte ein Bündnis gegen Gewalt und für Toleranz etabliert werden, um den Repräsentanten dieses Staates den Rücken zu stärken und Vertrauen und Respekt ihrer Arbeit zu schaffen. Unter Einbindung von Medienvertretern sollte hier auch die Rolle der Medien genauer beleuchtet werden. Das Ergebnis eines solchen Bündnisses könnte ein Kodex der Wertschätzung und der offenen gewaltfreien Kommunikation und Debattenkultur sein. Dieser legt verbindliche Regeln des Umgangs und des gegenseitigen Respekts fest und festigt damit den Zusammenhalt in unserer Demokratie.

HASSKRIMINALITÄT NICHT VERSCHWEIGEN

Zugleich gilt es, Öffentlichkeit zu schaffen und auf die aktuelle Situation von Kommunalvertreter*innen und auch vielen Ehrenamtlichen und Beschäftigten des öffentlichen Dienstes aufmerksam zu machen, die digital oder ganz real bedroht und eingeschüchtert werden. Wir müssen alle Bürgerinnen und Bürger für diese Zustände sensibilisieren und sie motivieren, den Betroffenen beizustehen und öffentlich für sie einzustehen. Unter Einhaltung aller gebotenen Sensibilität der Thematik: Betroffene sollten auf die zunehmende Verrohung, Hass und Beleidigungen reagieren und Vorfälle dieser Art, auch wenn sie unterhalb der Strafbarkeitsschwelle liegen, melden und anzeigen. Bisher machen das laut Umfrage der Körber-Stiftung/forsa nur rund 30 Prozent. Nur so können wir etwas bewirken und Gegenwehr zeigen.

KONSEQUENTE + AUF HASSKRIMINALITÄT SPEZIALISIERTE STRAFVERFOLGUNG

Es sollten flächendeckend Schwerpunktstaatsanwaltschaften gebildet werden, um auch in der Öffentlichkeit zu demonstrieren, dass die Vorgänge ernst genommen und verfolgt werden. Hier sind einige Bundesländer, wie NRW, Bayern, Niedersachsen, Hessen bereits als Vorbild vorangegangen. Die Meldewege sollten einfacher zugänglich und das öffentliche Interesse an der Strafverfolgung in jedem Fall bejaht werden, wenn Bedrohungen und Gewaltausübungen im Zusammenhang mit der Mandatsausübung oder der Tätigkeit im öffentlichen Dienst geschehen. Über Verfahren und Verurteilung sollte breit berichtet werden. Sicherheitsbehörden und Justiz in den Ländern und beim Bund müssen v.a. im Hinblick auf digitale Gewalt im Netz, insbesondere gegenüber Frauen, besser geschult werden und im Hinblick auf zunächst „niedrigschwellig wirkende“ Gewalt sensibilisiert werden und Anzeigen konsequent weiterverfolgen. Dabei sollten zugleich Strukturen geschaffen werden, um Vorfälle innerhalb von Behörden auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene melden, prüfen und entsprechend ahnden zu können.

ZENTRALE ANLAUFSTELLEN FÜR DIE BETROFFENEN EINRICHTEN

Wir brauchen neben Schwerpunktstaatsanwaltschaften flächendeckende speziell auf Kommunalpolitiker*innen zugeschnittene Hilfs- und Beratungsangebote, die zum einen als Melde-, aber auch als Informationssammelstelle dienen und an die sich insbesondere diejenigen wenden können, die im öffentlichen Leben stehen und so als „Repräsentanten des Staates“ mit Beleidigungen, Drohungen, Hass und Gewalt konfrontiert wurden und werden. Hier gehen einige Länder, wie NRW, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Sachsen und Bayern voran,



in dem dort konkrete Ansprechpartner eingerichtet wurden, die die Betroffenen unterstützen und die strafrechtliche Verfolgung erleichtern können. Andere stehen hier jedoch noch am Anfang.

STRAFRECHTSVERSCHÄRFUNGEN

Wir benötigen ein Gesetzesrahmen, um Hass und Anfeindungen im Netz im erforderlichen Umfang verfolgen und ahnden zu können. Der DStGB begrüßt ausdrücklich, dass das Gesetzespaket zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität nun endlich in Kraft getreten ist. Neben der verstärkten Präventions- und Aufklärungsarbeit ist es ein zentraler Baustein im Kampf gegen Hass und Hetze im Netz. Insbesondere der verstärkte Strafrechtsschutz für kommunale Amts- und Mandatsträger, Erleichterungen bei Strafanträgen sowie die Meldepflichten von strafbaren Hasspostings gegenüber der Zentralstelle beim Bundeskriminalamt wurden von den kommunal Engagierten, die sich tagtäglich für das Gemeinwohl und unsere Demokratie stark machen, dringend erwartet. Eine wichtige Strafrechtslücke sollte bei der Bekämpfung gegen Hasskriminalität gegenüber Kommunalpolitiker*innen jedoch dringend noch geschlossen werden. Diese sind vor Nachstellungen und sog. diffusen Drohungen, wie „fühle dich nicht so sicher“, „wir können jederzeit zuschlagen“, trotz des nun verabschiedeten Gesetzespakets noch immer nur unzureichend geschützt. Wir fordern daher, dass insbesondere das „Stalking“ von Kommunalpolitiker*innen im Netz

unter Strafe gestellt wird. Aktuell wird der Stalking Paragraf § 238 StGB reformiert. Dies muss genutzt werden, um einen eigenen Tatbestand des sog. Politiker-Stalkings aufzunehmen (§238a StGB).

VERANTWORTUNG DER BETREIBER SOZIALER NETZWERKE

Die Verantwortlichen für Plattformen sozialer Netzwerke haben sicherzustellen, dass Beleidigungen und Verleumdungen (sogenannte „Hassposts“) und vor allem Aufrufe zur Gewalt umgehend gelöscht, die Identität der Täter festgehalten und entsprechende Vorgänge gemeldet und zur Anzeige gebracht werden. Die Einführung des Netzwerkdurchsetzungsgesetz im Jahr 2017 war hier ein wichtiger Schritt. Soziale Netzwerkbetreiber sind seitdem dazu verpflichtet, offensichtlich strafbare Hasspostings oder Falschnachrichten innerhalb kurzer Fristen zu löschen, darüber Bericht zu erstatten und Nutzer*innen eine Beschwerdemöglichkeit einzuräumen. Bei Verstößen können empfindliche Bußgelder verhängt werden. Noch wichtiger ist die Einführung einer Meldepflicht von besonders strafwürdigen Inhalten an das Bundeskriminalamt sowie die Ausweitung ihrer Befugnisse zur Nachverfolgung der IP-Adressen durch das Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität. Darüber hinaus müssen auch soziale Netzwerkbetreiber aus dem Ausland zur Verantwortung gezogen werden können und die Rechte der Betroffenen gestärkt werden, deren Löschanzeige unbeantwortet bleibt oder ab-



Die Demokratie muss sich wehren können gegen ihre Feinde, und sie muss diese Wehrhaftigkeit auch zeigen. [...] Wir dürfen nicht zulassen, dass Kommunalpolitikerinnen und -politiker in unserem Land zu Fußabtreter der Frustrierten werden. Wir brauchen all die Menschen, die bereit sind, Verantwortung vor Ort zu übernehmen und zu tragen. Sie sind das Fundament, auf dem das Gebäude der Demokratie ruht.«

Frank-Walter Steinmeier, Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland - Auszug aus seiner Rede „Gemeinsam gegen Hass und Gewalt - Kommunalpolitiker nicht allein lassen“ am 10.03.2020 in Zwickau



gelehnt wird. Hier ist mit den jüngst beschlossenen Nachbesserungen im Netzwerkdurchsetzungsgesetz ein weiterer wichtiger Schritt gemacht worden.

AUSTAUSCH VERBESSERN + BETROFFENE UNVERZÜGLICH UNTERRICHTEN

Zum Schutz der Amts- und Mandatsträger*innen ist es erforderlich, dass Betroffene unverzüglich über alle Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden unterrichtet werden. Amts- und Mandatsträger*in-

nen müssen - unter Berücksichtigung ermittlungstaktischer Gesichtspunkte - zu ihrer Sicherheit umgehend informiert werden, wenn sie auf sogenannten „Feindeslisten“ stehen oder ihre Namen auf sogenannten „Schwarzen Listen“ kursieren. Darüber hinaus muss die Vernetzungen zwischen städtischen Ämtern und der Polizei verbessert werden, damit bei Außendienstesätzen im Zweifelsfall die notwendige Unterstützung der Polizei auch schnell und tatsächlich vor Ort ist.

WAS MACHEN WIR ALS DStGB?

ONLINE-PORTAL „STARK IM AMT“

Das neue Portal www.stark-im-amt.de für bedrohte Kommunalpolitiker*innen ist am 29. April 2021 unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier an den Start gegangen. Es bietet Bürgermeister*innen, Landräte*innen und Ratsmitgliedern einen direkten Zugang zu Informationen, Ansprechpartnern und Angeboten, um Übergriffen vorzubeugen, aber auch um die Herausforderungen eines Angriffs zu meistern. Die Hälfte der von Hass und Gewalt kommunal Betroffenen fühlen sich laut der Umfrage von forsa/Körper-Stiftung stark oder relativ stark belastet. Das Portal soll hier entlasten, konkret weiterhelfen und zeigen: Ihr seid nicht allein! Das Portal ist eine Initiative der Körper-Stiftung in Kooperation mit dem DStGB, dem Deutschen Städtetag (DST) und dem Deutschen Landkreistag (DLT).

DIALOGVERANSTALTUNGEN FÜR BETROFFENE KOMMUNALPOLITIKER*INNEN

Zur Unterstützung der Kommunalpolitiker*innen bietet der DStGB gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung und dem DLT Dialog-

veranstaltungen an, um sich untereinander auszutauschen, Kommunikationsstrategien zu entwickeln und Verbündete zu finden. Die ersten beiden Veranstaltungen haben bereits in Sachsen und Hessen stattgefunden und werden in weiteren Bundesländern als Pilotvorhaben fortgesetzt.

KOMMUNALPOLITISCHES MONITORING MIT DEM BUNDESKRIMINALAMT

Der DStGB arbeitet an einer validen Datenbasis mit dem Bundeskriminalamt, dem DST, dem DLT und weiteren wissenschaftlichen Partnern, um die aktuelle Situation, die Entwicklung in den kommenden Jahren und das bundesweite Ausmaß von Hass und Bedrohungen auf kommunaler Ebene erfassen und eine Grundlage für konkrete Maßnahmen schaffen zu können.

AKTIVE ZUSAMMENARBEIT MIT DEN MITGLIEDSVERBÄNDEN DES DSTGB

Der DStGB wirkt aktiv gemeinsam mit seinen kommunalen Landesverbänden daran mit, dass Strafrechtslücken geschlossen und Straftaten konsequent verfolgt und geahndet werden können.